

## Zur Verfassungsmäßigkeit von § 7 Absatz 6 und § 36 Absatz 1 BremWahlG

Die Vertrauenspersonen des Volksbegehrens „Mehr Demokratie beim Wählen – Mehr Einfluss für Bürgerinnen und Bürger“ nehmen zum Normenkontrollverfahren bezüglich der Verfassungsmäßigkeit von § 7 Absatz 6 (Sitzverteilungsverfahren), § 36 Absatz 1 (Berufung von Listennachfolgern) und den darauf beruhenden Folgeregelungen der §§ 35 Absatz 2 Satz 2, 36a Absatz 1 Satz 1 und 2 sowie 36b des Bremischen Wahlgesetzes wie folgt Stellung.

### A. Vorbemerkung

Die dem Staatsgerichtshof zur Prüfung vorgelegten Vorschriften des Bremischen Wahlgesetzes stammen aus dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens „Mehr Demokratie beim Wählen – Mehr Einfluss für Bürgerinnen und Bürger“ und wurden als solche durch Gesetz vom 19. Dezember 2006 von der Bremischen Bürgerschaft übernommen. Sie waren mehr als alle anderen Vorschriften des Volksbegehrens Gegenstand langer und intensiver Beratungen im Bremer „Arbeitskreis Wahlrecht“ von Mehr Demokratie e. V., der den Gesetzentwurf des Volksbegehrens verfasst hatte. Dabei war allen Mitgliedern des Arbeitskreises klar, dass § 7 Absatz 6 die entscheidende Bestimmung des Gesetzentwurfs ist, die maßgeblich fürs Erreichen der mit dem Gesetzentwurf verfolgten Ziele sein wird. Denn von ihr hängt es in erster Linie ab, in welchem Maße sich die von den Wählerinnen und Wählern abgegebenen Personenstimmen tatsächlich auf die personelle Zusammensetzung der gewählten Gremien auswirken können.

Dementsprechend wurde die in § 7 Absatz 6 enthaltene Regelung in der Synopse zum Gesetzentwurf des Volksbegehrens wie folgt erläutert:<sup>1</sup>

*„Anders als in der niedersächsischen Regelung werden zunächst die Sitze zugeteilt, die in der Reihenfolge des Listenplatzes zu vergeben sind. Erst anschließend werden die übrigen Bewerber entsprechend ihrer Stimmenzahl bedient. Kandidaten, die sowohl aufgrund ihres Listenplatzes als auch aufgrund ihrer Stimmenzahl gewählt wären, erhalten ihren Sitz also aus dem Kontingent der Listensitze. Dadurch bleiben mehr Sitze übrig für die Zuteilung aufgrund des Wählervotums. Die Mandatsrelevanz der Personenstimmen ist somit ungleich größer als im niedersächsischen Kommunalwahlrecht, das in genau umgekehrter Reihenfolge vorgeht.“*

Nur wenn das neue Wahlrecht auch in der Praxis dazu führt, dass sich die Zusammensetzung der Fraktionen – bei entsprechendem Wahlverhalten – nennenswert von der Sitzverteilung unterscheidet, die sich bei starren Listen ergäbe, können die mit dem Volksbegehren verfolgten Ziele erreicht werden:

- **Mehr Bürgernähe**, weil die Kandidaten sich nicht mehr auf ihren Listenplatz verlassen können, sondern sich verstärkt um den Kontakt mit den Wählern bemühen müssen.
- **Mehr Bürgerengagement**, weil die Wähler motiviert werden, sich mit den politischen Auffassungen der Kandidaten auseinanderzusetzen.

---

<sup>1</sup> <http://bremen.neues-wahlrecht.de/1374.html>

- **Mehr Akzeptanz**, weil die Bürger mehr Einfluss auf die Gestaltung der Politik haben und stärker beteiligt werden.
- **Mehr Offenheit und Kommunikation** innerhalb der Parteien, weil sie auch freiere und unabhängige Kandidaten in ihren eigenen Reihen stärker berücksichtigen müssen.

Diese gesetzgeberischen Ziele dienen nicht zuletzt der Förderung des Demokratieprinzips und dürfen somit bei der verfassungsrechtlichen Beurteilung der zu prüfenden Vorschriften nicht ignoriert werden.

## **B. Zur Bedeutung von § 7 Absatz 6 BremWahlG für die Mandatsrelevanz der Personenstimmen**

Die von der Bürgerschaft ins Verfahren eingebrachten Stellungnahmen und Rechtsgutachten leiden allesamt unter dem Mangel, die Bedeutung von § 7 Absatz 6 BremWahlG für die Mandatsrelevanz der Personenstimmen nicht in den Blick zu nehmen. An keiner Stelle wird deutlich, wie sich die geltende Regelung konkret auf das Wahlergebnis auswirkt und wie sich der Änderungsvorschlag des Senators für Inneres und Sport in seiner Auswirkung von der geltenden Regelung unterscheidet.

Dieser Mangel mag in erster Linie der Tatsache geschuldet sein, dass das neue Bremer Wahlrecht bisher noch gar nicht angewandt wurde, also kein empirisches Zahlenmaterial über das Wählerverhalten unter den Bedingungen des neuen Wahlgesetzes vorliegt. Daher liegt es nahe, die Wahlergebnisse aus anderen Bundesländern, deren Landtagswahlrecht offene Listen vorsieht, zur Analyse heranzuziehen. Es handelt sich hierbei um den Freistaat Bayern<sup>2</sup> sowie um die Freie und Hansestadt Hamburg<sup>3</sup>. Wir haben anhand der Wahlergebnisse in Bayern und Hamburg im Jahr 2008 ermittelt, wie hoch der Anteil der Sitze gewesen wäre, den Kandidaten besetzten, die bei einem starren Lis-

---

<sup>2</sup> Das bayrische Landtagswahlrecht ähnelt dem Bundestagswahlrecht, ermöglicht den Wählern aber, mit der Zweitstimme einzelne Kandidaten auf der Liste anzukreuzen. In jedem der sieben bayrischen Regierungsbezirke reichen die Parteien jeweils eine Liste ein. Für die vorliegende Untersuchung haben wir die Listen der Landtagswahl 2008 von CSU, SPD, Grüne, FDP, Die Linke und Freie Wähler im größten Regierungsbezirk, Oberbayern, ausgewertet, da die Listen hier aus 45 bis 58 Bewerbern bestanden. Damit sind sie vergleichbar mit den Wahlvorschlägen zur Bürgerschaftswahl im Wahlbereich Bremen, die höchstens 68 Bewerber umfassen dürfen, und zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven mit höchstens 48 Bewerbern. Auch wenn die Wähler in Bayern nur eine statt – wie in Bremen – fünf Stimmen an die Listenkandidaten vergeben dürfen, kann von einer vergleichbaren Stimmenverteilung unter den Kandidaten ausgegangen werden.

Die auf die einzelnen Kandidaten entfallenen Zweitstimmen wurden dem Internet-Angebot des bayrischen Landeswahlleiters entnommen: <http://www.landtagswahl2008.bayern.de/tabz290101.html>

<sup>3</sup> Das Hamburger Wahlrecht sah zur Bürgerschaftswahl 2008 zwar keine offenen Landeslisten vor – dies wurde mittlerweile nach Bremer Vorbild geändert –, jedoch konnten die Wähler auf den Wahlkreislisten der Parteien wie in Bremen fünf Stimmen vergeben, und zwar entweder an Listen in ihrer Gesamtheit oder an einzelne Kandidaten. Je nach Wahlkreis umfassten die Wahlkreislisten höchstens sechs bis zehn Bewerber. Ausgewertet wurden für die vorliegende Untersuchung alle Wahlkreislisten, die die Maximalzahl von zehn Bewerbern aufwiesen. Diese Listen sind also in etwa vergleichbar mit dem Wahlbereich Bremerhaven oder den kleineren Beiräten in Bremen.

Die Hamburger Wahlergebnisse entstammen dem Amtlichen Anzeiger vom 14. März 2008: <http://www.hamburg.de/contentblob/103400/data/aa-14-03-08.pdf>

tenwahlrecht nicht ins Parlament eingezogen wären (Mandatsrelevanz)<sup>4</sup>. Diese Auswertung haben wir zweimal durchgeführt: Einerseits nach der in § 7 Absatz 6 BremWahlG vorgesehenen Reihenfolge, wonach zunächst die nach Listenwahl zu besetzenden Sitze vergeben werden und erst anschließend die Personenwahl-Sitze („Bremer Variante“). Andererseits nach der vom Senator für Inneres und Sport vorgeschlagenen umgekehrten Reihenfolge, die der Regelung im niedersächsischen Kommunalwahlrecht entspricht („Niedersächsische Variante“)<sup>5</sup>.

#### **Bei langen Wahlvorschlägen (Wahlbereich Bremen, Stadtverordnetenversammlung BHV):<sup>6</sup>**

Durchschnittliche Mandatsrelevanz „Bremer Variante“: **23,8 %**

Durchschnittliche Mandatsrelevanz „Niedersächsische Variante“: **5,0 %**

#### **Bei kurzen Wahlvorschlägen (Wahlbereich Bremerhaven, Bremer Beiräte)<sup>7</sup>:**

Durchschnittliche Mandatsrelevanz „Bremer Variante“: **16,4 %**

Durchschnittliche Mandatsrelevanz „Niedersächsische Variante“: **3,3 %**

Während die geltende Regelung also dazu führt, dass sich die Stimmen der Wähler in maßvoller, aber doch erheblicher Weise auf die personelle Zusammensetzung der zu wählenden Organe auswirken, würde die vom Senator für Inneres und Sport beabsichtigte Änderung die Mandatsrelevanz auf ein kaum noch wahrnehmbares Maß herunterdrücken. Die Übernahme der niedersächsischen Regelung würde somit die mit dem Volksbegehren verbundenen Ziele so konterkarieren, dass sich die Frage aufdrängt, ob sich der mit dem neuen Wahlrecht verbundene Aufwand unter solchen Umständen noch lohnt.

Warum es zwischen der Bremer und der Niedersächsischen Variante zu diesen gravierenden Unterschieden kommt, mag das Beispiel der oberbayrischen CSU-Liste veranschaulichen. Unter der Annahme, dass auf diese Liste 21 Sitze zu vergeben sind (elf nach Listenwahl, zehn nach Personenwahl), ergäbe sich das folgende Ergebnis:

---

<sup>4</sup> Wir sind hierbei davon ausgegangen, dass jeweils 51 Prozent der Stimmen für den Wahlvorschlag in seiner Gesamtheit und 49 Prozent der Stimmen an einzelne Personen vergeben werden. Bei gerader Sitzzahl wurde also jeweils die Hälfte der Sitze nach Personenwahl und nach Listenwahl besetzt. Bei ungerader Sitzzahl wurde ein Sitz mehr nach Listenwahl als nach Personenwahl besetzt.

<sup>5</sup> In Hamburg wurde bei der Bürgerschaftswahl 2008 die niedersächsische Variante angewandt. Nur drei der 71 Wahlkreissitze wurden dadurch abweichend von der Listenreihenfolge besetzt. Nach der Bremer Variante wären es immerhin neun Sitze gewesen (<http://www.wahlrecht.de/landtage/hamburg/mandatsrelevanz-2008.htm>). Mit Gesetz vom 7. Juli 2009 wurde auch in Hamburg die Bremer Variante übernommen.

<sup>6</sup> Mittelwert der Mandatsrelevanz auf den oberbayrischen Wahlkreislisten bei der Verteilung von einem bis maximal 34 Sitzen (entspricht einem Sitzanteil von 50 % im Wahlbereich Bremen). Höhere Sitzzahlen bleiben außer Betracht, da sie unrealistisch sind und die Mandatsrelevanz geringer wird, je weiter sich die Zahl der zu vergebenden Sitze der Zahl der auf der Liste benannten Personen annähert.

<sup>7</sup> Mittelwert der Mandatsrelevanz auf den hamburgischen Wahlkreislisten bei der Verteilung von einem bis maximal acht Sitzen. Höhere Sitzzahlen bleiben außer Betracht, da die untersuchten Hamburger Listen jeweils nur zehn Personen enthielten.

Listenplatz	Rang nach Stimmenzahl	Bewerber	Stimmen	Bremer Variante		Niedersächsische Variante	
				Sitz nach Listenwahl	Sitz nach Personenwahl	Sitz nach Personenwahl	Sitz nach Listenwahl
1.	1.	Siegfried Schneider	143.355	L1		P1	
2.	3.	Christa Stewens	53.163	L2		P3	
3.	10.	Dr. Otmar Bernhard	20.883	L3		P10	
4.	5.	Christine Haderthauer	45.140	L4		P5	
5.	6.	Georg Fahrenschon	28.105	L5		P6	
6.	2.	Dr. Thomas Goppel	59.275	L6		P2	
7.	9.	Ulrike Scharf-Gerlspeck	21.621	L7		P9	
8.	8.	Florian Ludwig	21.766	L8		P8	
9.	24.	Dr. Ludwig Spaenle	8.066	L9			L1
10.	4.	Monika Hohlmeier	47.681	L10		P4	
11.	20.	Dr. Marcel Huber	10.821	L11			L2
12.	28.	Renate Dodell	4.258				L3
13.	13.	Johann Neumeier	15.124		P4		L4
14.	14.	Rudolf Peterke	15.042		P5		L5
15.	27.	Hannelore Roedel	4.563				L6
16.	34.	Martin Bachhuber	2.831				L7
17.	17.	Annemarie Biechl	11.792		P8		L8
18.	22.	Markus Blume	8.146				L9
19.	29.	Reinhold Bocklet	3.880				L10
20.	7.	Alex Dorow	22.569		P1	P7	
21.	25.	Georg Eisenreich	4.873				L11
22.	21.	Dr. Bernd Fabritius	10.421				
23.	23.	Martin Fink	8.102				
24.	30.	Erika Görlitz	3.487				
25.	31.	Ingrid Heckner	3.486				
26.	38.	Dr. Florian Herrmann	2.424				
27.	32.	Roland Hoffmann	3.451				
28.	11.	Anton Kern	20.640		P2		
29.	16.	Anton Kreitmair	11.849		P7		
30.	35.	Andreas Lorenz	2.825				
31.	33.	Prof. Ursula Männle	3.242				
32.	18.	Thomas Obermeier	11.521		P9		
33.	36.	Rolf-Jürgen Picker	2.723				
34.	41.	Alexander Radwan	1.799				
35.	15.	Hans Rambold	13.189		P6		
36.	39.	Roland Richter	2.203				
37.	37.	Kerstin Schreyer-Stäblein	2.700				
38.	40.	Jakob Schwimmer	1.818				
39.	45.	Bernhard Seidenath	943				
40.	43.	Klaus Steiner	1.358				
41.	26.	Klaus Stöttner	4.786				
42.	42.	Joachim Unterländer	1.726				
43.	12.	Max Weichenrieder	16.478		P3		
44.	44.	Ernst Weidenbusch	1.244				
45.	19.	Dr. Thomas Zimmermann	10.891		P10		

Nach der geltenden Fassung des § 7 Absatz 6 BremWahlG („Bremer Variante“) erhalten zunächst die auf den ersten elf Listenplätzen benannten Personen einen Sitz nach Listenwahl („L1“ bis „L11“). Die zehn nach Personenwahl zu besetzenden Sitze sind dann noch übrig für die zehn noch nicht gewählten Personen mit den meisten Stimmen („P1“ bis „P10“). Immerhin sechs von ihnen stehen in der

Liste hinter Platz 21, hätten also bei einer geschlossenen Liste keinen Sitz erhalten. Die Mandatsrelevanz der Personenstimmen beträgt in diesem Beispiel also 28,6 Prozent.

Werden die Sitze hingegen nach der „Niedersächsischen Variante“ zugeteilt, so erhalten die Personen auf den Listenplätzen 1 bis 8 sowie 10 und 20 einen Sitz nach Personenwahl. Alle zehn nach Personenstimmen gewählten Bewerber befinden somit unter den ersten 21 Listenplätzen, wären also auch bei der geschlossenen Liste ins Parlament eingezogen. Die restlichen elf zu vergebenden Mandate werden ohnehin nach der Listenreihenfolge vergeben. Im Ergebnis ergibt sich trotz des Kumulierens und Panaschierens keinerlei Veränderung gegenüber einer starren Liste.

Typischerweise nehmen die führenden Listenplätze auch bei den Personenstimmen eine führende Position ein. Werden deren Sitze zunächst nach Personenstimmen vergeben und die restlichen Sitze dann nach Listenreihenfolge aufgefüllt („Niedersächsische Variante“), so erhalten Kandidaten ein Mandat, die in der Wählergunst weit unten angesiedelt sind und auch auf der Liste nicht allzu weit oben stehen. Nach der Niedersächsischen Variante würde beispielsweise der Listenplatz 16, Martin Bachhuber, ein Mandat erhalten, obwohl er nur 2.831 persönliche Stimmen erhalten hat. Anton Kern, Listenplatz 28, der mit 20.640 etwa das Siebenfache an persönlichen Stimmen erzielt hat, würde leer ausgehen. Ein Mandat erhalten würde auch Reinhold Bocklet (Listenplatz 19), Max Weidenrieder (Listenplatz 43), der mehr als viermal soviel persönliche Stimmen erhalten hat, würde nicht ins Parlament einziehen.

Es ist wirklichkeitsfremd anzunehmen, der Listenwähler stimme deswegen für die Liste, weil er wolle, dass die Listenplätze 16 und 19 auch bei schlechtem Stimmenergebnis ein Mandat erhalten. Das Votum für die Liste statt für einzelne Kandidaten drückt vielmehr ein gewisses Grundvertrauen in die Listenaufstellung der Partei aus. Diesem Grundvertrauen des Listenwählers wird in der Bremer Variante hinreichend Rechnung getragen, indem sichergestellt wird, dass die für die Partei wichtigsten Kandidaten mit einem Mandat rechnen können. Und zwar in dem Maße, wie sich Wähler für Liste in ihrer Gesamtheit entschieden haben. Sind nach Listenwahl elf Sitze zu vergeben, zieht die Liste halt bis einschließlich Platz 11. Eine darüber hinausgehende Berücksichtigung der Listenreihenfolge ist durch den Wählerwillen nicht angezeigt und – wie das Beispiel zeigt – auch nicht sinnvoll.

### **C. Zur Normenklarheit und Systemgerechtigkeit**

Vergibt ein Wähler eine Stimme an einen Bewerber eines Wahlvorschlags, so wird diese Stimme vom geltenden Wahlrecht in zweierlei Weise gewertet: Zum einen als Unterstützung für den gewählten Bewerber als Person; zum anderen als Unterstützung für den Träger des Wahlvorschlags, also für die Partei oder Wählervereinigung, für die der Bewerber antritt. Letzteres ist notwendig, um dem Anliegen des Verhältniswahlrechts Geltung zu verschaffen, dass alle Parteien in einem möglichst den Stimmenzahlen angenäherten Verhältnis in dem zu wählenden Organ vertreten sind. Dieses Anliegen, das der Wahlgerechtigkeit sowohl aus Sicht der Wähler als auch aus Sicht der Parteien zu Gute kommt, verleiht der kombinierten Wirkungsweise der Personenstimmen die verfassungsrechtliche Legitimation.

Das Verfahren des Kumulieren und Panaschierens bringt es mit sich, dass zahlreiche Personenstimmen keine effektive Wirkung entfalten, da der Bewerber entweder mehr Stimmen erhalten hat, als er für den Einzug ins Parlament benötigt hätte, oder so wenige Stimmen auf ihn entfallen sind, dass sie ihm nicht zu einem Sitz verhelfen können. Diese Stimmen können zwar der Partei des Bewerbers

zu zusätzlichen Mandaten verhelfen, zum Erfolg des gewählten Bewerbers tragen sie aber letztlich nicht bei. Dies ließe sich nur durch Einführung einer sogenannten übertragbaren Stimmgebung vermeiden (Single Transferable Vote). Bei diesem Verfahren legen die Wähler fest, an welche Bewerber seine Stimmen übertragen werden sollen, soweit sie dem zunächst präferierten Bewerber aus den oben genannten Gründen nicht nützen. Dieses Prinzip wird bei Wahlen in Irland, Nordirland, Malta und Australien bereits angewandt und sollte durch Volksbegehren „Mehr Demokratie beim Wählen“<sup>8</sup> in Berlin eingeführt werden. Ein solches Verfahren wäre aber mit einer erheblichen Verkomplizierung des Wahlrechts verbunden<sup>9</sup>, so dass der Gesetzgeber trotz der Vorteile einer übertragbaren Stimmgebung nicht verpflichtet ist, darauf zurückzugreifen.

Wenn nun aber ein Bewerber mehr Stimmen erhält, als er für seine Wahl ins Parlament benötigt hätte, dann kommen diese „überschüssigen“ Stimmen effektiv natürlich nur seiner Partei und damit letztlich anderen Bewerbern dieser Partei zu Gute. Diese innerhalb des geltenden Wahlsystems unvermeidbare Wirkungsweise der Personenstimmen ist für den Wähler hinreichend erkennbar, da sie zwingende Folge der oben beschriebenen Doppelfunktion der Personenstimme ist. Der Personenstimme eines Wählers kann keinerlei Willensäußerung darüber entnommen werden, welchem einzelnen Bewerber die Stimme zu Gute kommen soll, falls der eigentlich gewählte Bewerber die Stimme nicht benötigt. Es berührt daher nicht die Interessen der betroffenen Wähler, wenn der Gesetzgeber vorsieht, dass die durch die „überschüssigen“ Personenstimmen auf die jeweilige Partei zusätzlich entfallenen Sitze gemäß der von der Partei festgelegten Listenreihenfolge oder gemäß der sich aus den Personenstimmen der übrigen Wähler dieser Partei ergebenden Stimmenreihenfolge vergeben werden. In beiden Fällen wird dem Wählerwillen vollständig Rechnung getragen, indem der gewählte Bewerber tatsächlich einen Sitz erhält und die Stimmen im Übrigen zur Vergrößerung der Fraktion beitragen, der dieser Bewerber angehört. Dies gilt auch dann, wenn sich alle für einen Bewerber abgegebenen Personenstimmen gleichsam als „überschüssig“ herausstellen, da der betroffene Bewerber bereits vor Auswertung seiner Personenstimmen einen Sitz sicher hat.

Eine solche Konstellation ist nicht nur nach dem bremischen Wahlrecht möglich, sondern beispielsweise auch nach dem Landtagswahlrecht in Bayern. Dort werden zunächst jene Kandidaten als gewählt erklärt, die in einem der 92 Stimmkreise die relative Mehrheit der Erststimmen erzielt haben. Im zweiten Schritt werden die übrigen Sitze an die Kandidaten der Wahlkreisliste<sup>10</sup> vergeben, die die meisten Gesamtstimmen erhalten haben. Bei der Landtagswahl am 28. September 2008 entfielen auf den SPD-Spitzenkandidaten Franz Maget im Wahlkreis Oberbayern knapp 240.000 Zweitstimmen (siehe Anlage), was einem Anteil von rund 68 % aller auf die Wahlkreisliste der SPD entfallenen Zweitstimmen entsprach. Da Franz Maget jedoch bereits im Stimmkreis München-Milbertshofen die Mehrheit der dortigen Erststimmen erhalten hatte, kamen all die auf ihn entfallenen Zweitstimmen nicht ihm selbst zu Gute, sondern den nachfolgenden Bewerbern auf der Wahlkreisliste, obwohl auf diese ja insgesamt nur 32 % der SPD-Zweitstimmen entfielen. Soweit bekannt, wurden trotzdem noch nie diesbezügliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen das bayrische Landtagswahlrecht

---

<sup>8</sup> <http://www.besseres-wahlrecht.de/>

<sup>9</sup> Siehe § 16 des Gesetzentwurfs des Berliner Volksbegehrens „Mehr Demokratie beim Wählen“;  
<http://bb.mehr-demokratie.de/fileadmin/md-bb/pdf/gesetzentwurf.pdf>

<sup>10</sup> Als „Wahlkreise“ werden im bayrischen Landtagswahlrecht die Regierungsbezirke bezeichnet. Je Wahlkreis werden zwischen 17 und 58 Sitze vergeben.

geäußert. Diese wären auch unbegründet, da der Wählerwille der 240.000 Maget-Wähler, obwohl sie bei der Vergabe der Wahlkreislistensitze an die Bewerber der SPD-Wahlkreisliste übersprungen wurden, durchaus voll und ganz zur Geltung gekommen ist: Zum einen hat Franz Maget einen Sitz im bayrischen Landtag erhalten, zum anderen sind auch dank der 240.000 Zweitstimmen für Maget zwölf weitere Bewerber der SPD-Wahlkreisliste – in der Reihenfolge ihrer Stimmzahlen – in den Landtag eingezogen. Über die konkrete Berücksichtigung der Stimmen bei der Sitzverteilung hinaus ist natürlich auch das politische Gewicht eines guten Personenstimmenergebnisses von Bedeutung. Abgeordnete, die eine hohe Zahl an „überschüssigen“ Stimmen erhalten haben, können dieses Ergebnis in die Waagschale werfen, wenn es darum geht, welchen Einfluss sie in der Fraktion haben sollen.

Nichts anderes gilt für den Fall, dass nach dem bremischen Wahlrecht die meisten Personenstimmen auf einen Kandidaten entfallen, der bereits aufgrund seines Listenplatzes gewählt ist. Aus Sicht der betroffenen Wähler spielt es keine Rolle, in welchem Verteilungsschritt dieser Bewerber seinen Sitz erhalten hat – ob bei der Verteilung nach Listenwahl oder bei der Verteilung nach Personenwahl. Es gilt: „Gewählt ist gewählt“. In jedem Fall stärken die Stimmen das politische Gewicht des Bewerbers innerhalb seiner Fraktion, und sie verbessern die Position der Partei bei der Sitzverteilung insgesamt.

Indem zunächst die Sitze nach Listenwahl besetzt werden und erst anschließend die Sitze nach Personenwahl, wird das Personenwahlelement nicht etwa geschwächt, sondern gestärkt. Es ist gerade die vorgeschlagene Änderung, die die mit der Einführung der Personenwahl mit Kumulieren und Panaschieren verfolgten und den Wählern vermittelten Ziele konterkariert und somit die Systemgerechtigkeit in Frage stellt. Der entscheidende Unterschied zwischen der geltenden Regelung und der vom Senator für Inneres und Sport befürworteten Änderung besteht letztlich darin, aus welchem Kontingent die Sitze der Bewerber bedient werden, die sowohl aufgrund ihres persönlichen Stimmenergebnisses als auch aufgrund ihres Listenplatzes gewählt wären. Werden zunächst die Sitze nach Listenwahl vergeben, bleiben mehr Sitze für die Kandidaten übrig, die aufgrund ihres Stimmenergebnisses einen Sitz verdienen, auf der Liste aber zu weit hinten platziert wären. Erfolgt hingegen im ersten Schritt die Verteilung nach Personenwahl, stehen im zweiten Schritt mehr Sitze für Kandidaten zur Verfügung, die zwar zu wenig Stimmen erhalten haben, aber über einen passablen Listenplatz verfügen.

Die Betrachtungsweise, wonach den Wählern eines Kandidaten Unrecht geschehe, dessen Sitz aus dem Kontingent für die Listenwahl statt aus dem für die Personenwahl bedient wird, verkennt daher die tatsächliche Wirkung der zur Diskussion stehenden Verteilungsverfahren. Weder den betroffenen Wählern noch den betroffenen Bewerbern entsteht durch die geltende Regelung ein Nachteil. Selbst wenn dies anders wäre, würde eine Änderung im Sinne des Vorschlags des Senators für Inneres und Sport dieses „Problem“ nicht beseitigen, sondern lediglich auf andere Bewerber mit etwas weniger Personenstimmen verlagern. Der Einfluss der Wählerinnen und Wähler auf die personelle Zusammensetzung von Bürgerschaft, Stadtverordnetenversammlung und Beiräten würde aber gleichzeitig in einem solchen Maße beschnitten, dass das gesamte Verfahren von Kumulieren und Panaschieren aufgrund des damit verbundenen Aufwands in Frage gestellt wäre. Die mit dem Volksbegehren verfolgten Ziele würden weitgehend zunichte gemacht werden.

Der Listenwähler erwartet, dass sich seine Stimme für die Gesamtliste in der Reihenfolge der Listenbenennung auswirkt, d. h. vor allem zugunsten der ganz vorne Platzierten. Die in Niedersachsen geltende Regelung sorgt hingegen dafür, dass von den Listenstimmen in erster Linie Kandidaten im oberen Mittelfeld der Liste profitieren, sofern die weiter vorne platzierten Kandidaten ihren Sitz bereits aufgrund ihrer Personenstimmen erhalten haben.

Die Erwartung der Wähler an das personalisierte Wahlrecht ist, dass sie populären Kandidaten, die bei der innerparteilichen Verteilung der vorderen Listenplätze übergangen wurden, im Wahlvorgang durch die Vergabe der Personenstimme trotzdem noch zu einem Mandat verhelfen können. Dieser Erwartung kann nur durch eine Mandatsverteilung entsprochen werden, bei der die Sitze zunächst nach Listenreihenfolge und erst dann nach Personenreihenfolge („Bremer Variante“) vergeben werden.

#### **D. Zur Berufung von Listennachfolgern gemäß § 36 Abs. 1 BremWahlG**

Auch die vorgeschlagene Änderung der Nachrückerregelung wäre eine Verschlechterung der Rechtslage, die keinesfalls verfassungsrechtlich geboten ist. Grundsätzlich sollte immer jener Bewerber nachrücken, der ohnehin den Sitz erhalten hätte, wenn der ausscheidende Abgeordnete von Anfang an nicht gewählt gewesen wäre. Dies gewährleistet die geltende Regelung der §§ 36 bis 36b. Der Änderungsvorschlag des Senators für Inneres und Sport läuft hingegen darauf hinaus, die Listennachfolge für einen Bewerber, der am Wahltag stirbt, anders zu regeln als die für einen Bewerber, der nach der Wahl stirbt, und zwar auf Kosten des Elements der Personenwahl.

Dies mag ein Beispiel von der hamburgischen Bürgerschaftswahl am 24.02.2008 verdeutlichen (CDU-Wahlkreisliste in Wahlkreis 2):

Gesamtliste	39 826	Stimmen
1. Erkalp, David	6 831	
2. Hecht, Heiko	9 105	
3. Sardina, Alexander-Martin	1 693	
4. Ilcin, Joseph	1 334	
5. Dittmer, Ronald	5 324	
6. Gelien, Hans	2 106	
7. Damaszek, Martin	1 006	
8. Wiggers, Stefan	2 720	
9. Krutky, Geza	2 107	

Die CDU hat in diesem Wahlkreis zwei Sitze errungen, von denen jeweils einer nach Listenwahl und einer nach Personenwahl zu vergeben ist. Den Sitz nach Listenwahl würde nach dem bremischen Wahlrecht David Erkalp erhalten, der Sitz nach Personenwahl ginge an Heiko Hecht. Nun nehmen wir an, dass David Erkalp im Laufe der Wahlperiode aus dem Parlament ausscheidet. Nach der geltenden Regelung in § 36b Abs. 1 BremWG findet eine Neuberechnung der Verteilung nach § 7 Abs. 6 statt, wobei David Erkalp nunmehr unberücksichtigt bleibt. Der Sitz nach Listenwahl geht jetzt an Heiko



Hecht, der Sitz nach Personenwahl an Ronald Dittmer. Für David Erkalp rückt also Ronald Dittmer nach.

Nach dem angeblich verfassungsrechtlich gebotenen Vorschlag des Senators für Inneres und Sport würde dies nur gelten, wenn der Bewerber Erkalp bereits zum Zeitpunkt der Feststellung des Wahlergebnisses verstorben oder seine Wählbarkeit verloren hätte. Bei einem späteren Ausscheiden würde der Sitz hingegen an den in der Liste nächstplatzierten, noch nicht gewählten Bewerber gehen, also an Alexander-Martin Sardina, obwohl dieser ungleich weniger Stimmen erhalten hat als der Bewerber Dittmer. Die vom Änderungsvorschlag gewollte strikte Unterscheidung zwischen Abgeordneten, die ihren Sitz dem guten Listenplatz verdanken, und Abgeordneten, die durch Personenwahl gewählt sind, entspricht nicht der Intention des geltenden Wahlsystems. Hiernach sind alle Mitglieder der Bürgerschaft gleichermaßen legitimiert. Die Unterscheidung zwischen Personen- und Listenwahl gibt dem Wähler zusätzliche Möglichkeiten für eine differenzierte Stimmabgabe, soll aber keine Abgeordneten erster und zweiter Klasse erschaffen. Die vorgeschlagene Änderung der Listennachfolge geht jedoch in diese Richtung, da sie die Unterscheidung nicht nur als Rechenschritt bei der Sitzverteilung verwendet, sondern sie während der gesamten Wahlperiode zementiert.

Somit erweist sich die geltende Regelung als völlig systemgerecht, während der Gegenvorschlag ein Fremdkörper wäre.

Darüber hinaus sieht der Vorschlag des Senators für Inneres und Sport vor, auch bei der Listennachfolge nach Personenwahl solche Bewerber unberücksichtigt zu lassen, die zwischenzeitlich aus der Partei, die sie aufgestellt hat, ausgeschieden sind. Dies verstößt gegen den Grundsatz der Unmittelbarkeit der Wahl, da die betroffenen Bewerber durch ein persönliches Wählervotum legitimiert sind, das der Gesetzgeber nicht aufgrund eines Parteiaustritts oder gar -ausschlusses ignorieren darf. Aus diesem Grund lässt die bestehende Regelung in § 36b Abs. 1 Satz 3 solche Bewerber nur beim Nachrücken nach Listenwahl außer Betracht.

Bremen, den 25. Februar 2010

Paul Tiefenbach  
Wilko Zicht

## **Tabellen**

Die folgenden Tabellen zeigen nach Parteien getrennt die für die einzelnen Bewerber bei den Landtagswahlen in Bayern und der Bürgerschaftswahl in Hamburg 2008 abgegebenen Personenstimmen und berechnet die Mandatsrelevanz in Abhängigkeit von der Zahl der erzielten Mandate nach der „Bremer Variante“ sowie der „Niedersächsischen Variante“

### **Erklärung der Spalten:**

**Listenplatz:** Platz entsprechend der von der Partei aufgestellten Liste.

**Rang nach Stimmzahl:** Rang entsprechend der Zahl der von den Wählern vergebenen Personenstimmen.

**Stimmen:** Absolute Zahl der auf den Bewerber entfallenen Personenstimmen.

**Reihenfolge:** In dieser Reihenfolge kämen die einzelnen Listenplätze zum Zuge unter der Annahme, dass jeweils 51 Prozent der Stimmen für den Wahlvorschlag in seiner Gesamtheit und 49 Prozent der Stimmen an einzelne Personen vergeben werden

**Mandatsrelevanz:** Prozentanteil der Bewerber, die auf Grund der Personenstimmen ein Mandat erhalten, das sie bei einer geschlossenen Liste nicht erhalten hätten. Die Mandatsrelevanz ändert sich je nach Anzahl der von der Liste erzielten Mandate. Wenn die Liste nur ein Mandat erhielte, wäre die Mandatsrelevanz 0 %, da der Spitzenkandidat bei allen Parteien auch die meisten Personenstimmen erhält. Ebenso wäre die Mandatsrelevanz 0 %, wenn die Liste so viele Mandate erhielte, wie sie Bewerber aufgestellt hat. In diesem Fall erhielten alle Bewerber ein Mandat, unabhängig von ihren erzielten Personenstimmen.

**Landtagswahl Bayern 2008**  
**Stimmen für CSU-Kandidaten**

Listenplatz	Rang nach Stimmenzahl	Bewerber	Stimmen	Reihenfolge (Bremen)	Mandatsrelevanz (Bremen)	Reihenfolge (Nds.)	Mandatsrelevanz (Nds.)
1.	1.	Siegfried Schneider	143.355	1.	0,0%	1.	0,0%
2.	3.	Christa Stewens	53.163	6.	50,0%	2.	0,0%
3.	10.	Dr. Otmar Bernhard	20.883	2.	33,3%	3.	0,0%
4.	5.	Christine Haderthauer	45.140	10.	50,0%	6.	25,0%
5.	6.	Georg Fahrenschohn	28.105	3.	40,0%	4.	20,0%
6.	2.	Dr. Thomas Goppel	59.275	4.	16,7%	5.	0,0%
7.	9.	Ulrike Scharf-Gerlspeck	21.621	5.	14,3%	7.	0,0%
8.	8.	Florian Ludwig	21.766	20.	25,0%	10.	12,5%
9.	24.	Dr. Ludwig Spaenle	8.066	8.	22,2%	8.	11,1%
10.	4.	Monika Hohlmeier	47.681	7.	10,0%	9.	0,0%
11.	20.	Dr. Marcel Huber	10.821	28.	18,2%	11.	0,0%
12.	28.	Renate Dodell	4.258	43.	25,0%	12.	0,0%
13.	13.	Johann Neumeier	15.124	13.	23,1%	13.	0,0%
14.	14.	Rudolf Peterke	15.042	14.	21,4%	20.	7,1%
15.	27.	Hannelore Roedel	4.563	35.	26,7%	14.	6,7%
16.	34.	Martin Bachhuber	2.831	29.	31,3%	15.	6,3%
17.	17.	Annemarie Biechl	11.792	9.	29,4%	16.	5,9%
18.	22.	Markus Blume	8.146	17.	27,8%	17.	5,6%
19.	29.	Reinhold Bocklet	3.880	32.	31,6%	18.	5,3%
20.	7.	Alex Dorow	22.569	45.	30,0%	19.	0,0%
21.	25.	Georg Eisenreich	4.873	11.	28,6%	21.	0,0%
22.	21.	Dr. Bernd Fabritius	10.421	22.	27,3%	28.	4,5%
23.	23.	Martin Fink	8.102	12.	26,1%	22.	4,3%
24.	30.	Erika Görlitz	3.487	18.	25,0%	43.	8,3%
25.	31.	Ingrid Heckner	3.486	23.	24,0%	23.	8,0%
26.	38.	Dr. Florian Herrmann	2.424	21.	23,1%	24.	7,7%
27.	32.	Roland Hoffmann	3.451	41.	25,9%	25.	7,4%
28.	11.	Anton Kern	20.640	15.	21,4%	26.	3,6%
29.	16.	Anton Kreitmair	11.849	19.	17,2%	27.	3,4%
30.	35.	Andreas Lorenz	2.825	24.	16,7%	35.	6,7%
31.	33.	Prof. Ursula Männle	3.242	16.	16,1%	29.	6,5%
32.	18.	Thomas Obermeier	11.521	25.	12,5%	30.	6,3%
33.	36.	Rolf-Jürgen Picker	2.723	27.	12,1%	31.	6,1%
34.	41.	Alexander Radwan	1.799	31.	11,8%	32.	5,9%
35.	15.	Hans Rambold	13.189	30.	8,6%	33.	2,9%
36.	39.	Roland Richter	2.203	33.	8,3%	34.	2,8%
37.	37.	Kerstin Schreyer-Stäblein	2.700	37.	8,1%	36.	2,7%
38.	40.	Jakob Schwimmer	1.818	26.	7,9%	37.	2,6%
39.	45.	Bernhard Seidenath	943	36.	7,7%	38.	2,6%
40.	43.	Klaus Steiner	1.358	38.	7,5%	39.	2,5%
41.	26.	Klaus Stöttner	4.786	34.	4,9%	40.	2,4%
42.	42.	Joachim Unterländer	1.726	42.	4,8%	41.	2,4%
43.	12.	Max Weichenrieder	16.478	40.	2,3%	42.	0,0%
44.	44.	Ernst Weidenbusch	1.244	44.	2,3%	44.	0,0%
45.	19.	Dr. Thomas Zimmermann	10.891	39.	0,0%	45.	0,0%

**Landtagswahl Bayern 2008**  
**Stimmen für SPD-Kandidaten**

<b>Listen- platz</b>	<b>Rang nach Stimmen- zahl</b>	<b>Bewerber</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Reihen- folge (Bremen)</b>	<b>Mandats- relevanz (Bremen)</b>	<b>Reihen- folge (Nds.)</b>	<b>Mandats- relevanz (Nds.)</b>
1.	1.	Franz Maget	238.803	1.	0,0%	1.	0,0%
2.	2.	Kathrin Sonnenholzner	12.099	2.	0,0%	2.	0,0%
3.	9.	Günter Zellner	3.993	4.	33,3%	3.	0,0%
4.	3.	Adelheid Rupp	6.641	6.	25,0%	4.	0,0%
5.	13.	Sven John	2.607	3.	20,0%	5.	0,0%
6.	4.	Maria Noichl	6.133	7.	16,7%	6.	0,0%
7.	5.	Hans-Ulrich Pfaffmann	5.344	11.	14,3%	7.	0,0%
8.	15.	Christine Negele	2.255	9.	25,0%	8.	0,0%
9.	7.	Prof.Dr. Peter Paul Gantzer	4.423	5.	11,1%	9.	0,0%
10.	11.	Isabell Zacharias	3.122	16.	20,0%	10.	0,0%
11.	6.	Achim Werner	4.825	13.	18,2%	11.	0,0%
12.	29.	Nicole Schley	1.301	10.	16,7%	12.	0,0%
13.	10.	Ludwig Wörner	3.915	34.	15,4%	13.	0,0%
14.	14.	Natascha Kohnen	2.434	14.	14,3%	14.	0,0%
15.	38.	Dr. Albert Thurner	858	8.	13,3%	15.	0,0%
16.	8.	Diana Stachowitz	4.129	28.	12,5%	16.	0,0%
17.	18.	Dominic Scales	1.915	29.	17,6%	17.	0,0%
18.	34.	Astrid Welter-Herzberger	929	17.	16,7%	18.	0,0%
19.	27.	Florian Ritter	1.424	38.	21,1%	19.	0,0%
20.	48.	Ralf Kirchner	469	27.	25,0%	20.	0,0%
21.	44.	Roman Niederberger	660	22.	28,6%	21.	0,0%
22.	21.	Markus Rinderspacher	1.789	30.	27,3%	22.	0,0%
23.	39.	Tim Weidner	720	12.	26,1%	23.	0,0%
24.	24.	Dr. Hubert Schwarzer	1.644	25.	29,2%	34.	4,2%
25.	23.	Martin Güll	1.689	24.	24,0%	24.	4,0%
26.	35.	Richard Fischer	902	51.	26,9%	25.	3,8%
27.	20.	Franz Gnadl	1.800	31.	25,9%	26.	3,7%
28.	16.	Dr. Manfred Miosga	2.102	19.	21,4%	27.	3,6%
29.	17.	Roland Schmidt	2.049	15.	17,2%	28.	3,4%
30.	22.	Reiner Berchtold	1.740	47.	16,7%	29.	3,3%
31.	26.	Verena Dietl	1.525	32.	16,1%	30.	3,2%
32.	30.	Robert Huber	1.171	37.	15,6%	31.	3,1%
33.	37.	Nina Herweck-Bockhorni	859	40.	18,2%	32.	3,0%
34.	12.	Stefan Lorenz	2.732	36.	17,6%	33.	0,0%
35.	47.	Gabriele Aigner	571	18.	17,1%	35.	0,0%
36.	33.	Kerstin Barth	970	26.	13,9%	36.	0,0%
37.	31.	Brigitte Schurer	1.168	50.	13,5%	37.	0,0%
38.	19.	Anna Lang	1.823	33.	10,5%	38.	0,0%
39.	40.	Marina Achhammer	717	20.	10,3%	39.	0,0%
40.	32.	Iris Ebner	1.048	23.	7,5%	40.	0,0%
41.	51.	Daniel Kalteis	269	21.	7,3%	41.	0,0%
42.	42.	Isabelle Schuppener	666	39.	7,1%	42.	0,0%
43.	45.	Oliver Belik	652	48.	9,3%	43.	0,0%
44.	43.	Kathrin Abele	665	42.	9,1%	44.	0,0%
45.	49.	Gesche Hoffmann-Weiss	447	44.	8,9%	45.	0,0%
46.	50.	Gregor Schneider	290	43.	8,7%	46.	0,0%
47.	28.	Sinaida Kumpf	1.327	49.	8,5%	47.	0,0%
48.	41.	Isolde Zins	708	35.	6,3%	48.	0,0%
49.	46.	Babette Gebhardt	601	45.	4,1%	49.	0,0%
50.	36.	Peter Dingler	881	46.	2,0%	51.	2,0%
51.	25.	Hannelore Baur	1.623	41.	0,0%	50.	0,0%

**Landtagswahl Bayern 2008**  
**Stimmen für GRÜNE-Kandidaten**

Listenplatz	Rang nach Stimmenzahl	Bewerber	Stimmen	Reihenfolge (Bremen)	Mandatsrelevanz (Bremen)	Reihenfolge (Nds.)	Mandatsrelevanz (Nds.)
1.	2.	Theresa Schopper	32.298	1.	0,0%	1.	0,0%
2.	1.	Sepp Daxenberger	122.055	2.	0,0%	2.	0,0%
3.	4.	Margarete Bause	8.258	12.	33,3%	3.	0,0%
4.	6.	Ludwig Hartmann	7.253	3.	25,0%	4.	0,0%
5.	9.	Susanna Tausendfreund	3.847	11.	40,0%	5.	0,0%
6.	8.	Dr. Martin Runge	4.707	4.	33,3%	12.	16,7%
7.	13.	Sabine Ponath	2.649	8.	42,9%	6.	14,3%
8.	7.	Dr. Christian Magerl	5.351	6.	25,0%	7.	12,5%
9.	12.	Claudia Stamm	3.320	5.	22,2%	8.	11,1%
10.	40.	Benedikt Mayer	482	33.	30,0%	11.	20,0%
11.	5.	Barbara Rütting	7.624	14.	27,3%	9.	9,1%
12.	3.	Dr. Sepp Dürr	9.314	9.	16,7%	10.	0,0%
13.	39.	Gabriela Seitz-Hoffmann	513	7.	15,4%	13.	0,0%
14.	11.	Peter Rutz	3.441	43.	14,3%	14.	0,0%
15.	17.	Anne Franke	1.617	54.	20,0%	15.	0,0%
16.	53.	Roland Dörfler	331	23.	25,0%	16.	0,0%
17.	57.	Monika Pfrieder	221	15.	23,5%	17.	0,0%
18.	20.	Dr. Michael Spielmann	1.119	46.	27,8%	18.	0,0%
19.	22.	Lucia Schmidt	1.066	10.	26,3%	19.	0,0%
20.	23.	Ralf Schumacher	1.064	49.	30,0%	33.	5,0%
21.	44.	Cathrin Henke	460	18.	28,6%	20.	4,8%
22.	51.	Stefan Walter	380	39.	31,8%	21.	4,5%
23.	16.	Judith Greif	1.798	19.	26,1%	22.	4,3%
24.	46.	Wigbert Dehler	450	20.	25,0%	23.	4,2%
25.	32.	Luitgart Dittmann-Chylla	621	13.	24,0%	24.	4,0%
26.	29.	Nikolaus Frhr. v. Hoening	707	38.	26,9%	25.	3,8%
27.	34.	Ulrike Oyan	591	41.	29,6%	26.	3,7%
28.	49.	Markus Büchler	400	47.	32,1%	43.	7,1%
29.	33.	Marianne Furtner	603	48.	34,5%	27.	6,9%
30.	48.	Dr. Albert Dirsch	403	32.	36,7%	54.	10,0%
31.	50.	Christa Hennes	381	16.	35,5%	28.	9,7%
32.	28.	Jakob Hahn	713	26.	31,3%	29.	9,4%
33.	10.	Marese Hoffmann	3.514	17.	27,3%	30.	6,1%
34.	58.	Jens Ehrlinger	217	35.	29,4%	31.	5,9%
35.	30.	Elisabeth Berger	672	56.	28,6%	32.	5,7%
36.	37.	Martin Schmid	528	25.	27,8%	46.	8,3%
37.	41.	Sabine Gramer-Muck	479	29.	27,0%	34.	8,1%
38.	24.	Dr. Georg Gafus	846	27.	23,7%	49.	10,5%
39.	21.	Anna Rutz	1.109	52.	23,1%	35.	10,3%
40.	36.	Markus Huber	571	40.	22,5%	36.	10,0%
41.	25.	Barbara Leininger	820	21.	19,5%	37.	9,8%
42.	38.	Roland Klebe	525	36.	19,0%	39.	9,5%
43.	14.	Waltraud Heinlein-Zischgl	2.094	22.	16,3%	38.	7,0%
44.	55.	Hans-Dieter Scherer	260	42.	15,9%	40.	6,8%
45.	45.	Silke Allroggen	459	37.	15,6%	41.	6,7%
46.	18.	Dr. Michael Stanglmaier	1.523	55.	15,2%	42.	4,3%
47.	26.	Burgi Mörtl-Körner	770	24.	12,8%	44.	4,3%
48.	27.	Alexander Merkouris	752	58.	12,5%	45.	4,2%
49.	19.	Petra Gabler-Kurz	1.282	45.	10,2%	47.	2,0%
50.	52.	Anton Maier	377	57.	12,0%	48.	2,0%
51.	56.	Ursula Kürzinger	237	30.	11,8%	50.	2,0%
52.	35.	Klaus Koch	588	28.	9,6%	51.	1,9%
53.	54.	Ursula Zeitlmann	308	31.	9,4%	52.	1,9%
54.	15.	Dr. Bartl Wimmer	2.056	50.	7,4%	53.	0,0%
55.	42.	Ilse-Maria Onnasch-Eckstein	479	53.	5,5%	55.	0,0%
56.	31.	Alexander Miklosy	622	44.	3,6%	56.	0,0%
57.	47.	Uta Phillipp	425	51.	1,8%	57.	0,0%
58.	43.	Christoph Nadler	467	34.	0,0%	58.	0,0%

**Landtagswahl Bayern 2008**  
**Stimmen Kandidaten Freie Wähler**

<b>Listen- platz</b>	<b>Rang nach Stimmen- zahl</b>	<b>Bewerber</b>	<b>Stimmen</b>	<b>Reihen- folge (Bremen)</b>	<b>Mandats- relevanz (Bremen)</b>	<b>Reihen- folge (Nds.)</b>	<b>Mandats- relevanz (Nds.)</b>
1.	1.	Eva Gottstein	34.836	1.	0,0%	1.	0,0%
2.	4.	Dr. Michael Piazolo	7.419	6.	50,0%	2.	0,0%
3.	6.	Mannfred Pointner	4.529	2.	33,3%	3.	0,0%
4.	5.	Dr. Wolfgang Krombholz	7.242	49.	50,0%	6.	25,0%
5.	13.	Christine Hollacher	2.829	3.	40,0%	4.	20,0%
6.	2.	Max Hechinger	9.939	4.	16,7%	49.	16,7%
7.	19.	Florian Ernstberger	1.955	10.	28,6%	5.	14,3%
8.	36.	Michael Leonbacher	987	32.	37,5%	7.	12,5%
9.	18.	Markus Reichhart	2.122	5.	33,3%	8.	11,1%
10.	7.	Lorenz Weidinger	4.250	20.	30,0%	9.	10,0%
11.	12.	Franz Bergmüller	2.953	13.	36,4%	10.	9,1%
12.	14.	Nikolaus Kraus	2.663	16.	41,7%	11.	8,3%
13.	10.	Johann Altmann	3.499	7.	30,8%	12.	7,7%
14.	46.	Anton Haunsberger	498	11.	28,6%	13.	7,1%
15.	26.	Michael Knoblach	1.564	8.	26,7%	14.	6,7%
16.	11.	Florian Streibl	3.398	12.	18,8%	32.	12,5%
17.	25.	Manfred Sichler	1.580	9.	17,6%	15.	11,8%
18.	42.	Peter Huber	630	37.	22,2%	20.	16,7%
19.	16.	Jürgen Lochbihler	2.552	19.	21,1%	16.	15,8%
20.	9.	Ute Singer genannt Claudia Junge	3.643	26.	20,0%	17.	10,0%
21.	32.	Iris Edenhofer	1.234	33.	23,8%	18.	9,5%
22.	43.	Andreas Danzer	538	42.	27,3%	19.	9,1%
23.	39.	Reinhold Herbert	868	25.	30,4%	21.	8,7%
24.	27.	Franz Knöckl	1.525	39.	33,3%	22.	8,3%
25.	22.	Georg Stockinger	1.700	46.	32,0%	23.	8,0%
26.	17.	Christine Willnhammer	2.447	17.	26,9%	24.	7,7%
27.	31.	Maria Kaltner	1.240	14.	25,9%	25.	7,4%
28.	41.	Peter Kainz	762	15.	25,0%	26.	7,1%
29.	33.	Karl Hilz	1.230	24.	24,1%	27.	6,9%
30.	49.	Ernst Potzler	332	47.	26,7%	37.	10,0%
31.	29.	Isabel Anzenberger	1.404	31.	25,8%	28.	9,7%
32.	8.	Dr. Franz Ballauf	4.200	36.	25,0%	29.	6,3%
33.	20.	Matthias Bauregger	1.763	27.	21,2%	30.	6,1%
34.	35.	Michael Bourjau	1.054	21.	20,6%	33.	5,9%
35.	37.	Dr. Michael Carl	953	18.	20,0%	34.	5,7%
36.	30.	Matthias Demmel	1.342	29.	16,7%	31.	5,6%
37.	15.	Dr. Wolfgang Erdmann	2.573	44.	16,2%	35.	2,7%
38.	38.	Matthias Ferwagner	935	34.	15,8%	36.	2,6%
39.	23.	Annegret Harms	1.691	35.	12,8%	38.	2,6%
40.	48.	Dr. Ulrich Höhnberg	434	38.	12,5%	39.	2,5%
41.	47.	Karl Heinz Jobst	494	23.	12,2%	40.	2,4%
42.	21.	Karl Maier	1.753	43.	11,9%	41.	2,4%
43.	40.	Christine Morin	810	22.	9,3%	42.	2,3%
44.	34.	Bernhard Nickel	1.108	28.	6,8%	43.	2,3%
45.	44.	Martin Reichart	534	45.	6,7%	44.	2,2%
46.	24.	Georg Reitsberger	1.604	48.	6,5%	45.	2,2%
47.	28.	Sebastian Scholz	1.523	41.	4,3%	46.	2,1%
48.	45.	Elmar Wibmer	530	40.	2,1%	47.	2,1%
49.	3.	Benno Zierer	8.013	30.	0,0%	48.	0,0%

**Landtagswahl Bayern 2008**  
**Stimmen für FDP-Kandidaten**

Listenplatz	Rang nach Stimmenzahl	Bewerber	Stimmen	Reihenfolge (Bremen)	Mandatsrelevanz (Bremen)	Reihenfolge (Nds.)	Mandatsrelevanz (Nds.)
1.	1.	Martin Zeil	70.961	1.	0,0%	1.	0,0%
2.	4.	Renate Will	8.569	3.	50,0%	2.	0,0%
3.	2.	Dr. Otto Bertermann	10.625	2.	0,0%	3.	0,0%
4.	7.	Tobias Thalhammer	5.599	17.	25,0%	4.	0,0%
5.	5.	Dr. Wolfgang Heubisch	6.084	5.	20,0%	5.	0,0%
6.	26.	Alfred Pecha	1.340	8.	33,3%	17.	16,7%
7.	10.	Jimmy Schulz	2.387	4.	28,6%	6.	14,3%
8.	6.	Mahmut Türker	5.835	11.	25,0%	7.	12,5%
9.	21.	Klaus Breil	1.441	12.	33,3%	8.	11,1%
10.	12.	Marion Butz	2.165	7.	30,0%	9.	10,0%
11.	8.	Jürgen Koch	4.112	6.	18,2%	10.	9,1%
12.	9.	Julika Sandt	3.863	14.	16,7%	11.	8,3%
13.	13.	Johannes Hohenthauer	1.803	10.	15,4%	12.	7,7%
14.	11.	Kathrin Laymann	2.347	13.	7,1%	13.	7,1%
15.	15.	Reinhold Berger	1.775	33.	13,3%	14.	6,7%
16.	48.	Rochus Kammer	642	15.	12,5%	15.	6,3%
17.	3.	Dr. Annette Bulfon	9.293	9.	5,9%	16.	0,0%
18.	46.	Gerald Jeserer	656	35.	11,1%	18.	0,0%
19.	23.	Dr. Arndt Schlosser	1.385	55.	15,8%	19.	0,0%
20.	43.	Sepp Ried	700	37.	20,0%	20.	0,0%
21.	34.	Thomas Fickenwirth	1.050	27.	23,8%	21.	0,0%
22.	20.	Josef Scheben	1.446	22.	22,7%	22.	0,0%
23.	28.	Moritz Ostwald	1.275	36.	26,1%	23.	0,0%
24.	27.	Ingo Stiefler	1.329	19.	25,0%	24.	0,0%
25.	24.	Florian Rosa	1.370	25.	24,0%	25.	0,0%
26.	44.	Gina Bronner-Martin	670	53.	26,9%	26.	0,0%
27.	19.	Philipp Philippson	1.472	24.	22,2%	27.	0,0%
28.	42.	Heinz Benninghoven	723	23.	21,4%	33.	3,6%
29.	52.	Franz Kobinger	455	56.	24,1%	28.	3,4%
30.	38.	Dr. Walter Buggisch	797	42.	26,7%	29.	3,3%
31.	54.	Nikolaus Kühn	425	16.	25,8%	30.	3,2%
32.	33.	Richard Ladewig	1.123	38.	28,1%	35.	6,3%
33.	14.	Susanne Jungk	1.777	43.	27,3%	31.	3,0%
34.	50.	Christian Schnorbusch	534	32.	26,5%	55.	5,9%
35.	16.	Siegfried Bauer	1.720	18.	22,9%	32.	2,9%
36.	22.	Peter Utz	1.415	21.	19,4%	37.	5,6%
37.	18.	Judith Albert	1.551	40.	18,9%	34.	2,7%
38.	31.	Marilyn Repp	1.145	57.	18,4%	36.	2,6%
39.	49.	Stephanie Oszwald	621	20.	17,9%	38.	2,6%
40.	35.	Ulrich Bode	980	51.	17,5%	39.	2,5%
41.	40.	Adrian Dunskus	744	30.	17,1%	40.	2,4%
42.	30.	Björn Christof Klotzbücher	1.179	47.	16,7%	41.	2,4%
43.	32.	Christoph Kandlbinder	1.136	41.	14,0%	42.	2,3%
44.	45.	Christian Menzel	659	54.	15,9%	43.	2,3%
45.	57.	Andreas Keck	336	28.	15,6%	44.	2,2%
46.	51.	Dr. Bernhard Labudek	496	26.	15,2%	45.	2,2%
47.	39.	Florian Seiler	770	44.	12,8%	46.	2,1%
48.	47.	Heribert Wagner	645	48.	12,5%	47.	2,1%
49.	56.	Dr. Harald Rühl	352	39.	12,2%	48.	2,0%
50.	53.	Christian Dümmler	449	34.	12,0%	53.	4,0%
51.	37.	Rudi Siegl	898	46.	9,8%	49.	3,9%
52.	55.	Hans-Peter Posch	377	29.	9,6%	50.	3,8%
53.	25.	Dr. Ernst-Christoph Weindel	1.357	50.	7,5%	51.	1,9%
54.	41.	Florian Höglauer	737	31.	5,6%	52.	1,9%
55.	17.	Dr. Reinhardt Müller	1.606	52.	3,6%	54.	0,0%
56.	29.	Werner Liebhart	1.238	49.	1,8%	56.	0,0%
57.	36.	Andreas Pierson	970	45.	0,0%	57.	0,0%

## Bürgerschaftswahl Hamburg 2008

Listenplatz	Rang nach Stimmenzahl	Bewerber	Stimmen	Reihenfolge (Bremen)	Mandatsrelevanz (Bremen)	Reihenfolge (Nds.)	Mandatsrelevanz (Nds.)
<b>CDU Wahlkreis 3 Altona</b>							
1.	1.	Wolfhard Ploog	4.784	1.	0,0%	1.	0,0%
2.	2.	Rolf Reincke	4.460	2.	0,0%	2.	0,0%
3.	3.	Hanna Skerhut	3.936	3.	0,0%	3.	0,0%
4.	5.	Dorothea Misch	2.367	7.	25,0%	4.	0,0%
5.	6.	Andreas Grutzeck	1.984	4.	20,0%	5.	0,0%
6.	9.	Wolfgang Molitor	1.684	5.	16,7%	6.	0,0%
7.	4.	Sven Hielscher	3.227	10.	14,3%	7.	0,0%
8.	8.	Hans Heinrich Jensen	1.730	8.	12,5%	8.	0,0%
9.	10.	Tim Schmuckall	1.235	6.	11,1%	9.	0,0%
10.	7.	Björn Henschel	1.927	9.	0,0%	10.	0,0%
<b>FDP Wahlkreis 3 Altona</b>							
1.	3.	Martina Kaesbach	1.182	1.	0,0%	1.	0,0%
2.	2.	Lorenz Flemming	1.346	3.	50,0%	3.	50,0%
3.	1.	Matthias Graf Lambsdorff	2.800	2.	0,0%	2.	0,0%
4.	5.	Holger Meyer	595	5.	25,0%	4.	0,0%
5.	4.	Dr. Christian Dannmeier	959	4.	0,0%	5.	0,0%
6.	6.	Katalin Busche	527	6.	0,0%	6.	0,0%
7.	7.	Robin Hinz	482	7.	0,0%	7.	0,0%
8.	9.	Harri Porten	329	10.	12,5%	8.	0,0%
9.	10.	Alexander Eberhardt	291	8.	11,1%	9.	0,0%
10.	8.	Joachim Tillessen	373	9.	0,0%	10.	0,0%
<b>CDU Wahlkreis 4 Blankenese</b>							
1.	1.	Hans-Detlef Rook	7.152	1.	0,0%	1.	0,0%
2.	2.	Dr. Angelika Kempfert	6.604	2.	0,0%	2.	0,0%
3.	3.	Stephan Müller	5.949	3.	0,0%	3.	0,0%
4.	5.	Thies Goldberg	3.384	5.	25,0%	4.	0,0%
5.	4.	Hans Lafrenz	4.830	4.	0,0%	5.	0,0%
6.	7.	Karen Koop	2.936	10.	16,7%	6.	0,0%
7.	9.	Dr. Reiner Schmitz	2.488	6.	14,3%	7.	0,0%
8.	10.	Ursula Wiedemann	2.166	9.	25,0%	8.	0,0%
9.	8.	Peter Wenzel	2.735	7.	11,1%	9.	0,0%
10.	6.	Johann-Heinrich Riekers	3.046	8.	0,0%	10.	0,0%
<b>FDP Wahlkreis 4 Blankenese</b>							
1.	2.	Dr. Brigitte Mahn	2.760	1.	0,0%	1.	0,0%
2.	7.	Heico Fuhrmann	661	3.	50,0%	3.	50,0%
3.	1.	Hinnerk Fock	3.547	2.	0,0%	2.	0,0%
4.	5.	Moritz Schildt	1.026	10.	25,0%	4.	0,0%
5.	4.	Holger Jentz	1.198	5.	20,0%	5.	0,0%
6.	9.	Brita Schmidt-Tiedemann	476	4.	16,7%	10.	16,7%
7.	6.	Katja Suding	816	7.	14,3%	6.	14,3%
8.	8.	Martin Scharlach	548	8.	12,5%	7.	12,5%
9.	10.	Helwig Knothe	368	6.	11,1%	8.	11,1%
10.	3.	Dr. Ute Freifrau von Hahn	1.263	9.	0,0%	9.	0,0%



## Bürgerschaftswahl Hamburg 2008

Listenplatz	Rang nach Stimmenzahl	Bewerber	Stimmen	Reihenfolge (Bremen)	Mandatsrelevanz (Bremen)	Reihenfolge (Nds.)	Mandatsrelevanz (Nds.)
<b>CDU Wahlkreis 9 Barmbek – Uhlenhorst – Dulsberg</b>							
1.	1.	Kai Voet van Vormizeele	7.506	1.	0,0%	1.	0,0%
2.	3.	Jens Grapengeter	3.010	5.	50,0%	2.	0,0%
3.	10.	Andreas Stonus	967	2.	33,3%	3.	0,0%
4.	4.	Elisabeth Voet van Vormizeele	2.722	4.	25,0%	5.	25,0%
5.	2.	Jens Kiene	4.128	3.	0,0%	4.	0,0%
6.	7.	Marcus Müller	2.424	10.	16,7%	6.	0,0%
7.	8.	Hans Klaus Bucksch	1.888	9.	28,6%	7.	0,0%
8.	9.	Detlef Heinrich	1.220	6.	25,0%	8.	0,0%
9.	6.	Michael Kittlitz	2.480	7.	11,1%	9.	0,0%
10	5.	Dagmar Sabrina Rams	2.589	8.	0,0%	10.	0,0%
<b>FDP Wahlkreis 9 Barmbek – Uhlenhorst – Dulsberg</b>							
1	1.	Leif Schrader	1.726	1.	0,0%	1.	0,0%
2	4.	Claus-Joachim Dickow	722	3.	50,0%	2.	0,0%
3	2.	Michael Kruse	960	2.	0,0%	3.	0,0%
4	9.	Hans-Werner Paech	459	6.	25,0%	4.	0,0%
5	7.	Petra Wichmann-Reiß	546	9.	40,0%	5.	0,0%
6	3.	Mirko Bott	860	8.	33,3%	6.	0,0%
7	8.	Christian Hartmann	460	4.	28,6%	7.	0,0%
8	6.	Günther Hüsing	570	5.	12,5%	8.	0,0%
9	5.	Peter Becker	656	7.	0,0%	9.	0,0%
10	10.	Karsten Marschner	342	10.	0,0%	10.	0,0%
<b>SPD Wahlkreis 13 Alstertal – Walddörfer</b>							
1	1.	Dr. Andreas Dressel	23.131	1.	0,0%	1.	0,0%
2	2.	Prof. Dr. Barbara Brüning	7.133	2.	0,0%	2.	0,0%
3	7.	Kolja Olef	2.255	5.	33,3%	3.	0,0%
4	4.	Anja Quast	3.820	4.	25,0%	4.	0,0%
5	3.	Tim Stoberock	3.854	3.	0,0%	5.	0,0%
6	8.	Dr. Nils Weiland	2.208	7.	16,7%	6.	0,0%
7	5.	André Schneider	2.830	10.	14,3%	7.	0,0%
8	10.	Marcus Zacharias	976	6.	12,5%	8.	0,0%
9	9.	Peter Alexander	1.831	9.	11,1%	9.	0,0%
10	6.	Dr. Horst Leps	2.282	8.	0,0%	10.	0,0%
<b>FDP Wahlkreis 13 Alstertal – Walddörfer</b>							
1	1.	Sylvia Canel	3.854	1.	0,0%	1.	0,0%
2	7.	Gerhard Klee	1.007	4.	50,0%	2.	0,0%
3	6.	Dr. Volker Diedrich	1.029	2.	33,3%	3.	0,0%
4	2.	Dr. Rolf Bialas	1.520	9.	25,0%	4.	0,0%
5	4.	Lothar Streitferdt	1.074	3.	20,0%	5.	0,0%
6	8.	Gritta-Merve Zeiger	703	5.	16,7%	9.	16,7%
7	9.	Verena Niebel	441	8.	28,6%	6.	14,3%
8	5.	Rüdiger Witthöft	1.061	6.	12,5%	7.	12,5%
9	3.	Björn Daniel	1.089	7.	0,0%	8.	0,0%
10	10.	Christoph Schmidt	323	10.	0,0%	10.	0,0%